P-01

Who cares? We do! - Pflege, Care und Daseinsvorsorge - während und nach Corona

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Bundesfrauenrat 2020 - Digital
09. - 10. Mai 2020

Gremium:	Präsidium BFR
Beschlussdatum:	25.04.2020
Tagesordnungspunkt:	TOP 4 Pflege, Care und Daseinsvorsorge – in und nach der Coronakrise

Antragstext

Pfleger*innen, Erzieher*innen, Hebammen, Menschen, die in Care-Berufen arbeiten, sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir vertrauen ihnen unsere Kinder oder Eltern an und verlassen uns selbst auf sie, wenn wir in Notlagen geraten. Gerade während der Corona-Krise zeigt sich noch deutlicher als zuvor, wie grundlegend ihre Arbeit für unsere Gesundheit, unser Zusammenleben und die Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft ist.

Es sind mehrheitlich Frauen, die gerade den Laden am Laufen halten. Allein in der Pflege machen sie 80% der Beschäftigten aus. Ihre Verantwortung ist groß, doch ihre Löhne und ihre Arbeitsbedingungen sind meistens schlecht. Überlastung, Zeitdruck und schlechte Bezahlung, sind im Pflegebereich im Besonderen und in Care-Berufen im Allgemeinen schon lange an der Tagesordnung. Das ist kein Zufall. Denn viel zu oft wird es immer noch als selbstverständlich vorausgesetzt, dass Frauen sich, unbezahlt im Privaten oder unterbezahlt in Care-Berufen, kümmern. Die Corona-Krise deckt ungerechte Geschlechterverhältnisse mit neuer Wucht auf. Und sie zeigt, wie sehr wir uns als gesamte Gesellschaft schaden, wenn wir die Arbeit von Frauen nicht anerkennen.

Das wird auch immer mehr Menschen bewusst. Die Wertschätzung gerade gegenüber Beschäftigten
im Gesundheitsbereich ist so groß, wie selten zuvor. Doch dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Denn von Dankbarkeit kann man keine Miete zahlen. Und auch in der Krise werden Pfleger*innen noch nicht ausreichend unterstützt. Denn trotz vieler warmer Worte bleiben zum Beispiel Lohnzuschüsse auf Bundesebene bisher aus, während zugleich die Personaluntergrenzen
aufgehoben und der 12-Stunden-Tag eingeführt wurde. Der Schutz und die Unterstützung von Pfleger*innen muss jetzt gewährleistet werden.

Deshalb fordern wir:

- Pflegekräfte in Krankenhäusern, stationären Pflegeeinrichtungen und von ambulanten Pflegediensten müssen ausreichend mit Schutzausrüstung ausgestattet werden. Außerdem

ist das Pflegepersonal, ebenso wie das übrige Personal im Gesundheitswesen mit direktem Patientenkontakt, bei der Testung auf Covid-19 prioritär zu behandeln.

- Eine bundesweite Prämie in Höhe von 1500€ sowie einen Entschädigungsfonds für Pfleger*innen, die während der Krise Unfassbares leiten und teilweise sogar ihre Gesundheit riskieren.

- Das Personal in den Intensivstationen muss schnell aufgestockt werden. Dafür müssen auch Menschen, die eine Ausbildung in der Pflege haben, aber mittlerweile in anderen Berufen arbeiten, die Möglichkeit bekommen, für den Zeitraum der Krise in ihre alten Berufe zurück zu kehren. Dafür soll auf Landes- oder Kommunalebene eine zentrale Koordinierung eingerichtet werden.

Doch wir müssen auch über die Krise hinaus denken. In der Pflege halten Überlastung und Ausbeutung nicht erst durch Corona Einzug. Die Corona-Krise wirft die Frage nach dem Wert von Arbeit neu auf. Systemrelevante Berufe sind vor allem eins - unterbezahlt. Nach der Krise dürfen wir nicht zu einer Normalität zurückkehren, die selbst bereits ein Ausnahmezustand war. Und wir müssen die Finanzierung unseres Gesundheitswesens auf sichere
Füße stellen, denn ein Gesundheitssystem, das auf Kante genäht ist, statt sich an menschlichen Bedürfnissen zu orientieren, können wir uns als Gesellschaft nicht leisten. Unsere Dankbarkeit für den hohen Einsatz während dieser Krise geht mit dem Versprechen einher: Wir werden das nicht vergessen und bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Berufen zur politischen Priorität machen.

Deshalb fordern wir:

- Mehr Personal: Keine unterbesetzten Schichten mehr! Wir brauchen gut finanzierte Sofortprogramme für Alten- und Krankenhauspflege zur Finanzierung einer notwendigen Stellenaufstockung. Um mehr Fachkräfte zu gewinnen, soll ein Weiterbildungsgeld eingeführt werden, das 200 Euro höher ist als das individuelle Arbeitslosengeld.

- Bessere Arbeitsbedingungen: Mehr Personal und ein Ende des Pflegenotstands wird es aber nur mit besseren Arbeitsbedingungen geben. Durch verbindliche Pflegeschlüssel verhindern wir Überlastung und schaffen genug Zeit für die Arbeit.

- Besserer Bezahlung: Bessere Arbeitsbedingungen und ein attraktiverer Beruf, das heißt auch, mehr Lohn. Wir fordern branchenweit allgemein verbindliche Tarifverträge für soziale Berufe. Sollte das trotz laufender Verhandlungen nicht erreicht werden, müssen gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden. So sollte in einem nächste Schritt die soziale Pflegeversicherung dazu verpflichtet werden, nur mit Arbeitgebern Verträge zu schließen, die tariflich bezahlen.

- Mehr Zeit: Beschäftigte müssen eine gesetzlich garantierte Mitsprache über den Umfang und die Einteilung ihrer Arbeitszeit erhalten, damit die Arbeit gut in ihr Leben

passt. Die Regelarbeitszeit wollen wir in der Pflege auf 35 Stunden als neue Vollzeit verkürzen. Zudem sollen Beschäftigte ein Recht auf Arbeitszeitverkürzung bekommen.

- Mehr Mitbestimmung: Pflegekräfte brauchen bessere Mitspracherechte im Pflege- und Gesundheitssystem und unmittelbaren Zugang zu pflegepolitischen Prozessen. Deshalb wollen wir Pflegekammern in den Ländern und auf Bundesebene einführen.

Pfleger*innen halten mit Wissen, Kompetenz und Empathie jeden Tag unsere Gesellschaft zusammen. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen schaffen, damit Menschen diesem Beruf langfristig mit Freude nachgehen wollen – und können. Dankbarkeit alleine reicht nicht. Gemeinsam kämpfen wir für mehr Anerkennung, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Who
Cares? We do!